

Wohnen ist ein soziales Menschenrecht und Wohnungen sind keine Ware!



Azize Tank, Bundestagsabgeordnete (DIE LINKE) aus Tempelhof-Schöneberg: Zu meiner Teilnahme an der „Podiumsdiskussion zum Verkauf der Häuser in der Großgörschen- und Katzlerstraße durch die BImA“ des Quartiersmanagements „Schöneberger Norden“.

Explodierende Mieten, Verdrängungen und Zwangsräumungen sind in Berlin schon lange keine Einzelfälle mehr und wurden zu lange ignoriert, verschwiegen und weiter verschärft. Dass diese Probleme nun, nicht nur aber auch, in Schöneberg auf die politische Agenda gezwungen wurden, ist in erster Linie dem wachsenden Widerstand und kreativen Engagement der vielen stadtweit selbstorganisierten MieterInnen- und Betroffeneninitiativen wie der Interessengemeinschaft Groka (IG Groka) sowie ihren UnterstützerInnenkreisen zu verdanken. Dafür Danke.

DIE LINKE unterstützt dieses Engagement ausdrücklich. Wir werden uns für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen einsetzen. Eine Wohnungspolitik nach dem jeweiligen Geldbeutel und Höchstbieterverfahren lehnen wir ab. Diese befördert die Spaltung der Gesellschaft und die Gefahren für den sozialen Frieden und

einen solidarischen Zusammenhalt. DIE LINKE hat deshalb schon vor der Sommerpause einen Antrag für ein sofortiges Moratorium, also eine Aussetzung des Verfahrens, bei allen Verkäufen von Immobilien der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ins Parlament eingebracht. Damit sollten weitere Verkäufe sofort gestoppt und Zeit für Gesetzesänderungen geschaffen werden. Die Regierungskoalition hat die Debatte zu diesem Antrag einschließlich namentlicher Abstimmung mit ihrer Mehrheit abgelehnt und in den Haushaltsausschuss verwiesen. Deshalb habe ich gemeinsam mit Katrin Lompscher (Sprecherin der Linksfraktion für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in Berlin) einen Brief sowohl an Ulrich Nußbaum, Senator für Finanzen des Landes Berlin sowie den Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble geschrieben, um sie aufzufordern, im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv zu werden. In der Sommerpause lehnte allerdings die BImA das Angebot der IG Groka und Wohnungsbaugenossenschaft Bremer Höhe eG, den 21-fachen Wert der Jahresnettokaltmiete bezahlen und eine selbstauferlegte Mietsteigerung in Kauf nehmen zu wollen, als zu niedrig ab.

Fortsetzung auf Seite 3



Aktionstag, 4. Oktober: Drachen statt Drohnen

Um über die Gefahren und Auswirkungen von Kampf- und Überwachungsdrohnen, die derzeit fast weltweit eingesetzt werden, aufzuklären, findet am 4. Oktober ab 11 Uhr die Aktion „Drachen statt Drohnen“ auf der Reichstagswiese vor dem Bundestagsgebäude



Reiches Deutschland - Arme RentnerInnen

RentnerInnen, wollt Ihr ewig leben?

DEMO am 4. 10.2014., 13 Uhr, vor dem Roten Rathaus, am **Neptunbrunnen**



"Che Guevara" T-Shirt, nie früh genug - sogar in grün. *Siehe Seite 2.*

Ich gehe wählen, weil Interventionen und Waffeneinsätze verhindert werden müssen! DIE LINKE!

Rathaus öffnen

Hier kurze Hinweise, wie man (derzeit) die Rathaus-Politik im Bezirk direkt beeinflussen kann. Der Arbeitskreis Kommunales und die Verordneten von DIE LINKE beraten und unterstützen Sie/Dich gerne dabei.

Einwohnerfragen zur BVV: Zu jeder BVV-Sitzung können Einwohnerinnen und Einwohner am Anfang der Sitzung Anliegen öffentlich machen und eine Antwort vom Bezirksamt abfordern.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba.tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/frage.html>

Bürgerbegehren und Bürgerbescheid:

Grundsätzlich sind Bürgerbegehren zu allen Themenbereichen möglich, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlussberechtigt ist. Näheres: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/info/mehr_demokratie.html

Eingaben und Beschwerden:

Probleme mit Entscheidungen der Verwaltung können als Petition an den BVV-Ausschuss eingereicht werden.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/formular.php>

Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplänen:

Bei neuen Bebauungsplänen sind Interventionen möglich.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/organisationseinheit/planen/bebauungsplaene.html>

BVV-Sondermittel:

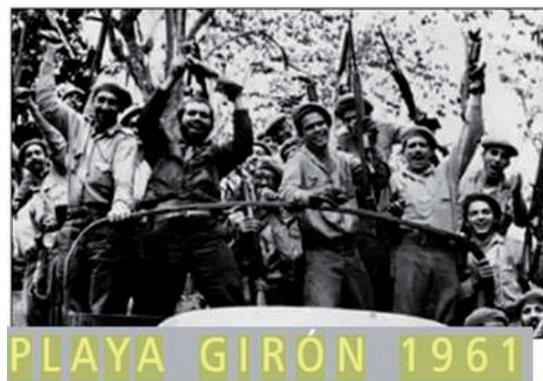
„Zuschüsse für Vereine, Bürgerinitiativen und Projekte aller Art“.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/wissen.html>

Che Guevara, Hass- und Feindbild der Bezirks-CDU



Der Versuch der CDU, in der letzten BVV den lateinamerikanischen Revolutionär Che Guevara in den Schmutz zu ziehen, scheiterte. M. Steuckardt von der CDU konnte mit seiner hasserfüllten Tirade gegen den Revolutionär (1928-1967) nur sich selbst ins Abseits stellen. Sein Antrag stellte die Forderung, „eine Handreichung für Schüler, Eltern und Lehrer“ zu erarbeiten, welche die Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen von Che Guevara in den Fokus nimmt“. Che Guevara sei für „... Arbeitslager mit Tausenden von Homosexuellen in Kuba, die auf Che`s Anweisungen den Tod finden mussten“, verantwortlich, so die infame Behauptung. Solche Diffamierungen werden nur allzu gerne von Stiftungen wie der Konrad-Adenauer-Stiftung oder der Friedrich-Naumann-Stiftung



in die Welt gesetzt, um fortschrittliche Bewegungen und Regierungen in Lateinamerika zu diskreditieren. Die Einstellung über Homosexualität war zu Lebzeiten Che Guevaras weltweit eine andere als heute, so auch in Kuba. Das ist kein Geheimnis. Che Guevara als „homophoben Massenmörder“ darzustellen, überschreitet jede Grenze eines

sachgerechten Umgangs mit den Fakten. Ein Umdenken über Homosexualität hat längst auch in Kuba stattgefunden. Vor 4 Jahren hatte der kubanische Revolutionsführer Fidel Castro selbst die Diskriminierung von Homosexuellen in den Anfangsjahren der Revolution bedauert und Verantwortung dafür übernommen. Seine Nichte Mariela Castro steht heute an der Spitze der Bewegung für die Gleichstellung von Homosexuellen und hat bereits viel erreicht. Auch in Deutschland war Homosexualität lange strafbar. Westdeutschland hatte sogar eine während der Nazizeit verschärfte Fassung des Paragraphen 175 übernommen, die erst 1969 entschärft und 1994 im vereinten Deutschland abgeschafft wurde.

Gerade die CDU, die die Menschenrechte im Alleinanspruch bannerartig vor sich her trägt, sollte sich kritisch hinterfragen, welche Regime sie in der Vergangenheit unterstützte und bis heute unterstützt.

Kumpanei betrieben unionsgeführte Bundesregierungen zum Beispiel mit Südafrika unter der Apartheid (bis 1994), Persien unter dem Schah



(bis 1979), Chile während der Pinochet-Diktatur, Nicaragua während der Somoza-Diktatur (bis 1979) und heute mit Saudi-Arabien, Katar u.v.m. Keine Diktatur war ihr zu menschenverachtend, wenn es in ihr neokolonialistisches Konzept passte. Alle politisch Verantwortlichen in diesen Ländern waren Rassisten und Diktatoren, denen Menschenrechte gar nichts bedeuteten. Che Guevara war, ist und wird in Zukunft das Idol von Millionen und Abermillionen Menschen, vor allem von jungen Menschen in der ganzen Welt, bleiben. Das Andenken an ihn verkörpert den Willen auf politische Veränderungen, für Frieden und Gerechtigkeit, den Kampf niemals aufzugeben. Daran werden auch die allerchristlichsten CDU-Mitglieder nichts ändern. Diffamierungen in der Vergangenheit über Che Guevara haben das Ansehen des Revolutionärs eher noch gestärkt.

Elisabeth Wissel

P.S.: Eine Anregung an Herrn Steuckardt (CDU): „Schauen Sie doch mal in Ihr Parteiarchiv: Nelson Mandela, übrigens enger Freund von Ché Guevara und Fidel Castro, wurde von Ihren „Parteifreunden“ in den 80er Jahren noch als Terrorchef diffamiert. Das Rassistenregime fand viel Verständnis in der CDU. Das wäre doch mal eine Aufarbeitung wert...“

Carsten Schulz

BVV am 27. August 2014

Werbung für Bürgerhaushalt trotz knapper Kassen

In einer Mündlichen Anfrage wollte H. Gindra (DIE LINKE) wissen, woher der Überschwang bei der Werbung zum Bürgerhaushalt „Ran an die Buletten“ resultiere, denn dies suggeriere volle Kassen. Bezirksbürgermeisterin Schöttler stellte richtig, dass der Bürgerhaushalt nur mit einem geringen Budget auskommen müsse. Sollte das Geld nicht ausreichen, dann müsste der Hauptausschuss mehr genehmigen. Außerdem gäbe es viele Ideen, die auch ohne Geld ankommen. Das ist natürlich sehr blauäugig, und ob die Umsetzung ein Erfolg wird, hängt durchaus auch vom Geld ab, das der Hauptausschuss nur genehmigen kann, wenn es woanders eingespart wird. Der Anlauf zum Bürgerhaushalt in der letzten Legislaturperiode scheiterte jedenfalls.

Kaum Personal für Zweckentfremdungsverbotsgesetz

In Tempelhof-Schöneberg gibt es 671 gemeldete Ferienwohnungen, die nach dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz (und nach einer Übergangszeit) wieder normale Mietwohnungen werden sollen. Die Umwandlung in normale Mietwohnungen hat DIE LINKE schon lange gefordert. Mit ihrer Großen Anfrage (Drs 1159) wollte die CDU

Fortsetzung von Seite 1

Wohnen ist ein soziales Menschenrecht und Wohnungen sind keine Ware!

Das Bieterverfahren wurde nicht auf Eis gelegt, sondern trotz laufender aktueller Diskussionen über Gesetzesänderungen eilig beendet.

Auf die Frage wie und durch wen der exorbitante Verkehrswert als Mindestangebot zustande gekommen ist, der eben nicht durch Mieten refinanzierbar sein dürfte, gab die BImA keine Antwort. Zynisch klang dann aber die Rechtfertigung, dass von den 22 BieterInnen 6 sogar noch mehr zu bieten bereit gewesen wären. Den berechtigten Ängsten der MieterInnen vor massiven Mieterhöhungen, Umwandlungen in Eigentumswohnungen oder Spekulationskäufen wurde damit nicht entgegen gewirkt. Sowohl das Moratorium als auch der Verkauf der Häuser in der Großgörschenstraße/Katzlerstraße werden nun im Haushaltsausschuss (www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a08/mitglieder/260600) behandelt. DIE LINKE wird gegen den Verkauf von ihrem Vetorecht Gebrauch machen. Es wird dann von den VertreterInnen der Regierungskoalition abhängen, ob der Verkauf verhindert und ein generelles Moratorium bis zu wirksamen Gesetzesänderungen umgesetzt werden können. Über einen entsprechenden Gesetzentwurf berät derzeit die Fraktion der Partei DIE LINKE, der zeitnah ins Parlament eingebracht werden soll. Hierbei geht es insbesondere um einen generellen

Die BVV-Drs. sind unter: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp>

vor allem wissen, wie die kontrollierte Umsetzung aussehen wird. Sie befürchtet außerdem Klagen von Wohneigentümern. Nur eine zusätzliche Personal-Stelle bekommt unser Bezirk für diese umfangreiche Aufgabe, so Stadtrat Schworck (SPD), nachdem die ursprünglich geplante Zentralisierung dieser Aufgabe gescheitert ist. H. Gindra (DIE LINKE) zog daraus das Fazit, dass verstärkt engagierte Menschen Ferienwohnungen bei der Behörde melden müssten. 15-20.000 Ferienwohnungen soll es berlinweit geben.

Kulturangebote im Bezirk verbessern

Mit einem Antrag (Drs 1169) fordert DIE LINKE das Bezirksamt auf einen Kulturentwicklungsplan zu erarbeiten, denn immer mehr kommunale Kulturangebote sterben aus. Kleine Kinder und Jugendtheater wie das Theater Strahl, „Hans-Wurst-Nachfahren“, Theater Morgenstern und das O-Ton-Theater müssen schließen. Zwar gehört die Kulturförderung nicht zu den Pflichtaufgaben des Bezirks, dennoch sind kommunale Kulturangebote für intakte Stadtbezirke unerlässlich. Der Bezirk soll mit diesem Antrag in die Pflicht genommen werden, weiteren Kulturabbau zu stoppen und eine sinnvolle Initiativenförderung zu erarbeiten. Der Antrag wurde zunächst in den dafür zuständigen Ausschuss überwiesen.

Elisabeth Wissel

Unsere Bezirksverordneten



Elisabeth Wissel

Telefon: 01577 34 62 721
wissel.elisabeth@googlemail.com



Harald Gindra

Tel: 01525 45 25 000
Linke.bvv.ts@googlemail.com

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Büro und Erreichbarkeit
im Rathaus Schöneberg,
Raum 2115

Tel: 030/ 90 2 77 4898

Sprechstunde:
Mittwochs 15 - 17 Uhr

Arbeitskreis

Kommunales (AKK)
In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

Akk-Termine:

Sitzungsvorbereitung:
Mo.13.10. um 19 Uhr im
Rathaus Schöneberg, Raum
2115.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Die nächste öffentliche
BVV-Sitzung findet am Mi.
15.10.2014, 17 Uhr, im
Rathaus Schöneberg, BVV-
Saal statt.

Kiezspaziergang in Friedenau



WiderstandskämpferInnen. Denn auch in diesem eher bürgerlichen Milieu passten sich viele nicht an das Nazi-Regime an. Viele Intellektuelle wie Künstler oder Schriftsteller leisteten auf ihre Art Widerstand, indem sie ein nicht ungefährliches Doppelleben führten. Günther Weisenborn zum Beispiel, zuletzt Dramaturg am Schillertheater, unterstützte die Widerstandsorganisation Rote Kapelle. 1941 heiratete er Margarete Schnabel (1914–2004), die er 1939 als Mitbewohnerin von Harro Schulze-Boyssen kennengelernt hatte. Er war der Widerstandsorganisation behilflich, u.a. indem er Funkverbindungen einiger Mitglieder der Gruppe zu sowjetischen Organen aufrecht erhielt und Berichte und Informationen an die Gruppe weiterleitete.

Einen Kiezspaziergang besonderer Art organisierte die Basisorganisation Schöneberg mit Petra Fritsche, bekannt von der Stolpersteininitiative, in Friedenau. Friedenau gilt als der wohlhabendere Ortsteil Schönebergs. Zugleich ist er mit über 27.000 Einwohnern auf 1,65 km² der am dichtesten besiedelte Ortsteil von Berlin. Entstanden ist Friedenau 1871 als Landhaussiedlung, erläuterte Frau Fritsche. Den Namen verdankt der Ortsteil der Gattin des Baumeisters Hermann Hähnel, der als Aufsichtsratsmitglied dem am 9. Juli 1871 konstituierten Landerwerbs- und Bauverein angehörte. Schon damals gab es Wohnungsnot in Berlin, verursacht durch den starken Zustrom von Menschen, die Arbeit in der Stadt suchten. Jedoch war von vornherein auf diesem Terrain hauptsächlich ein Wohnviertel für den Mittelstand geplant. Dies macht heute noch die aufwändige Bauweise deutlich. Friedenau zeichnet eine sehr hohe Denkmaldichte aus. Die kleinen Straßen mit schmucken Häusern mit Jugendstilfassade und Vorgärten sind eine Augenweide. Zugleich verbanden wir den Kiezspaziergang mit der Spurensuche nach antifaschistischen

Im September 1942 wurde er verhaftet und vom Reichskriegsgericht wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Aufgrund der entlastenden Aussage eines Zellengenossen wurde das Todesurteil gegen ihn in zehn Jahre Haft umgewandelt.



Im April 1945 wurde Günther Weisenborn von der Roten Armee aus dem Zuchthaus Luckau befreit. Vor der Inhaftierung wohnte er in der Niedstraße 25. http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

Ebenfalls in der Niedstraße wohnte der Maler Karl Schmidt-Rottluff, dessen Werke 1937 in den deutschen Museen als „Entartete Kunst“ beschlagnahmt wurden. Seit September 1942 hatte Schmidt-



Rottluff Kontakte zum Kreisauer Kreis, einer Gruppe, die den politischen Umsturz plante. Adolf Reichwein, auch ein Friedenauer, prägte maßgebend das Kulturprogramm des Kreisauer Kreises. Erwähnt werden müssen noch der Perelsplatz, der Cosimaplatz und der Adam-Kuckhoff-Platz. Friedrich Justus Perels, geb. 13.11.1910, Jurist, war von 1922–1929 Schüler des 1. Friedenauer Gymnasiums. Heute heißt die Schule am Perelsplatz Friedrich-Bergius-Oberschule, sie erinnert mit einer Gedenktafel an den ehemaligen Schüler. Er half vielen Juden, Verfolgten und Angehörigen von KZ-Gefangenen. Am 13.4.1945 wurde er von der SS erschossen. Der Cosima-Platz (benannt nach der Gattin von Richard Wagner) ist vor allem bekannt durch das gleichnamige Kino am Platz. Dort wurde 1947 der Antikriegsfilm „Ehe im Schatten“ uraufgeführt, wie gleichzeitig auch im Ostteil der Stadt. Der Adam-Kuckhoff-Platz wiederum ist dem Widerstandskämpfer zum Erinnern und Gedenken gewidmet. So könnte die Liste mit Persönlichkeiten und interessanten Plätzen fortgeführt werden. Nicht zuletzt lebte der zur inneren Emigration gezwungene Erich Kästner hier („Kennst Du das Land wo die Kanonen blühen“), und natürlich wird man in Friedenau auch immer wieder an Rosa-Luxemburg gemahnt. Insgesamt war die Begehung eine nachhaltige Bereicherung des Erinnerns und Gedenkens.

Elisabeth Wissel

Faschisten in ukrainischer Regierung – Bankrotterklärung der europäischen Idee?

Wer ist zurzeit konfrontationsfreudig? Die Russische Föderation, die gegenüber der bellizistischen Praxis der NATO ein integriertes Warn- und Raketenabwehrsystem für ganz Europa vorschlug? Oder Paris, das in Mali und Zentralafrika erneut neokolonial europäische Interessen „verteidigt“?¹ Und die USA sowie ihre NATO-Partner, die Irak, Syrien, Afghanistan und zunehmend auch die Militär-Marionettenregierung in Pakistan in hochgerüstete und instabile Brandherde verwandeln und Drang nach Osten 2.0 auflegen?

Auf dem europäischen Parkett pflegten die westlichen Regierungen Moskau – trotz seiner formellen Integration in die kapitalistische „internationale Gemeinschaft“ während der 1990er Jahre – zum Klappstuhlgestank zu degradieren: In der vergangenen Dekade entzog der Europarat in Strasbourg Russland bereits einmal das Stimmrecht,² dies wiederholte sich im vergangenen April wegen der Eingliederung der Krim in die Russische Föderation.³ Asymmetrische Vergleiche wie etwa des tschechischen konservativen Politikers Karel Schwarzenberg, dass Präsident Putin auf der Krim eine ethnische Minderheitenpolitik wie Hitler Ende der 1930er Jahre fahren würde, täuschen über die sicherheits- und geostrategische Einkreisungspolitik der NATO gegenüber der russischen Interessenssphäre hinweg. Im Übrigen ist die ethnizistisch-sezessionistische Politik der BRD sowie der USA in Mitteleuropa ungleich kriegerischer (Kosovo-Angriffskrieg 1999) und zugleich unter Ausnutzung aller religiöser Identitäten des Balkan dient dies einer NATO-Neuordnungspolitik: pro muslimische Kosovaren und katholische Kroaten (Bsp. Srpska Krajina 2005!), contra orthodoxe Serben, die als ewiger Bundesgenosse Moskaus bereits vor dem Ersten Weltkrieg sowie während der beiden Weltkriege Dorn im deutsch-österreichischen Auge waren.

Diplomatische Aggressionen des NATO-EU-Blocks gegen Russland starteten zu dem 2008: Georgien, von Brüssel und Washington unterstützt, beschoss zuerst die Hauptstadt Südossetiens mit Artillerie und startete dann eine Bodenoffensive. Tiflis musste, um NATO-Mitglied zu werden, die ungeklärten Territorialfragen bezüglich der unabhängigen Republiken Südossetien und Abchasien (von Georgien freilich nicht als unabhängig anerkannt) klären, da laut Statut kein Land mit offenen Territorialkonflikten dem transatlantischen Bündnis beitreten darf. Doch Moskau reagierte rechtzeitig.

Russland bemüht sich international, die Entstehung eines eskalierenden Flächenbrands am südlichen Rand seiner

traditionellen Einflussphäre zu verhindern und stellt nicht nur ein Gegengewicht zu den ungehaltenen Kapitalinteressen des Westens dar, die in Krisenzeiten beschleunigt neue Expansionsmärkte erschließen wollen. Moskau hat auch ganz materielles Interesse an wirtschaftlicher und politischer regionaler Kooperation: Die neue „Seidenstraße“, jener so in den chinesischen Medien genannte Hochgeschwindigkeitsgüterzug, der seit Kurzem Duisburg (größter Binnenhafen Europas) mit Südost-China verbindet, wird mittelfristig die Wirtschaftsblöcke EU-Asien, insbesondere die Exportgrößen Deutschland und China, aber auch die anderen verbundenen Märkte wie Russland näher zusammenschweißen, zugleich die US-Dominanz (traditionell qua militärischer Kontrolle der strategischen Meereshandelsrouten) begrenzen. Die USA scheinen diese begonnene Annäherung über den Streitapfel Ukraine abbremsen zu wünschen, um eine Achse Berlin-Moskau-Peking zu vereiteln. *Cui bono?*

Der Machtwechsel in Kiew war nicht legal, denn die 238 ukrainischen Abgeordneten, die den ehemaligen Präsidenten seines Amtes enthoben, entsprachen nicht den verfassungsrechtlich erforderlichen 75% der Parlamentarier, sodass es sich um einen rechtswidrigen *Coup d'État* handelte. Für den großen ukrainischen Revolutionär Machno und seine Bewegung vor 100 Jahren wäre es posthum eine Beleidigung, sie in eine Reihe mit den Ereignissen der letzten Monate, scheinbar revolutionärer Natur, zu stellen.

Eine Teilverantwortung für den Putsch in Kiew tragen die Konrad-Adenauer-Stiftung (welche Vitali Klitschkos Partei seit 2010 finanzierte, welcher heute Bürgermeister Kiews ist...),⁴ und die USA, die seit Reagan mit Bandera-Faschisten⁵ in der Ukraine in Verbindung stehen. Darüber hinaus gibt es keinen Zweifel, dass der Putsch von Washington gesponsert wurde, wie das geleakte Telefongespräch zwischen der Vize-Außenministerin Victoria Nuland und US-Botschafter Geoffrey R. Pyatt sehr beredt belegt.

Für die weitere EU-Expansion nach Osten (seit den Erweiterungsrounds von 2004 und 2007 sowie der Östlichen Partnerschaft mit Georgien, Armenien und der Ukraine dieses Jahres)⁶ und damit die Beherrschung der eurasischen Sphäre braucht das euro-atlantische Reich im gaslieferungsrelevanten Schwarzen Meer einen Fuß in der Tür (Gas aus Turkmenistan und Sibirien wird hierüber nach Bulgarien und Rumänien geleitet).

Berlin, Paris und Warschau haben den *Coup d'État* in den entscheidenden Tagen

der letzten Phase Mitte bis Ende Februar vor dem Umsturz diplomatisch begleitet und den Übergang Kiews aus einem engen Moskau-Bündnis in ein West-Bündnis außenpolitisch abgesichert. Die Übereinkunft vom 21. Februar 2014 ist ein *chef d'oeuvre* der neuen konzentrierten Diplomatie des entstehenden deutsch-europäischen Reichs, das dem US-Hegemon wie schon der EGKS- und anschließend EG-Gründungsphase 1950-57 systematisch sekundiert. Dieser gezielte Beistand des EU-Blocks für die US-Interessen spiegelt sich auch in der gegenwärtigen Spionage-Affäre in Berlin wider, wo die Bundesregierung lediglich mit einer zaghaften Einladungen statt Vorladungen des US-Botschafters sowie anschließend mit einer debilen Ausreiseforderung statt formeller Ausweisung des Geheimdienstdiplomaten reagierte (zur *Persona non grata* erklären kann man eben niemals jemanden, dem man strukturell zuarbeitet, das ist nur folgerichtig!) Die US-Militär- und -Spionagebasen auf dem Bundesgebiet sind eben nicht nur Beamtenbüros, sondern souveräne Einrichtungen, sie führen auch polizeilich-hoheitsrechtliche Maßnahmen in der BRD durch. Dies unterstreicht die andauernd mangelhafte Souveränität der BRD.

Über die Krim, die selbstbestimmt erst sich vom putschistischen Kiew sich lossagte und dann erst sich dem russischen Volk anschloss,⁷ ist wiederum nichts hinzuzufügen, bis auf eine völkerrechtliche Tatsache, die oft ungenannt bleibt: Seit vierzig Jahren hat die UNO das „*uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht*, wie es seit 1966 kodifiziert ist“, aufgewertet, sodass es als *Sezessionsrecht* zum „zentrale[n] Rechtssatz des Völkerrechts“ avancierte.⁸ Da, wo es dem hegemonialen Staatenblock passt, wird aus einer sezessionistischen Bewegung schnell ein Staat wie vor einigen Jahren auf dem Balkan und später im Südsudan (ein maßgeblich von den USA und Berlin vorangetriebenes separatistisches Projekt) geschehen, das wenig mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu tun hatte.

Für die internationalen Interessen der Arbeiterklasse hingegen kann es nur gelten, diesen ukrainischen Testlauf für eine seit dem Maastricht-Vertrag kodifizierte EU-Außenpolitik entschieden abzuwehren und jede Form des Widerstands gegen die faschistoide Exekutive in der Ukraine, ebenso wie in der völkischen Regierung in Budapest, nach Kräften zu unterstützen. Will die Revolution leben, so muss der Faschismus sterben.

Tobias Baumann

DIE LUPE August-September 2014 5

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

Immer noch 3,7 Millionen Arbeitslose Zeit zu handeln statt zu tricksen

...Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. (...) Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im August 2014 sind immer noch 3,7 Millionen Menschen arbeitslos. Zeit zu handeln statt zu tricksen. Darüber hinaus tauchen 603.000 nicht erwerbstätige Personen – die sog. stille Reserve¹ – in keiner Arbeitslosenstatistik auf, weil sie sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und sich nicht (mehr) als arbeitslos registrieren lassen.

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im August 2014

3.670.120

Offizielle Arbeitslosigkeit

2.901.823

Nicht gezählte Arbeitslose:

Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II ⁰	182.130
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	103.746
Förderung von Arbeitsverhältnissen ²	9.147
Fremdförderung	81.878
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	15.967
Berufliche Weiterbildung	141.977

Aktivierung und berufliche Eingliederung (z.B. Vermittlung durch Dritte)	151.380
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	4.066
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 40; Kranke Arbeitslose (§126 SGB III)	78.006
Nicht gezählte Arbeitslose gesamt	768.297

Quelle: BfA Bericht August 2014, S. 69;

⁰Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschüsse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt, sowie die auf Grund verschiedene rechtliche Regelungen (§428 SGB III, 65 Abs. 4 SGB II, 53a, Abs. 2, SGB II u.a.) nicht als Arbeitslose zählen.

¹ IAB Kurzbericht 04/2014 Seite 10; Stille Reserve im engeren Sinn. Prognose 2014

² Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen wurde zum April 2012 das bisherige Instrument (...) zur Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) verbunden.

Aktionstag, 4. Oktober: Drachen statt Drohnen



Um über die Gefahren und Auswirkungen von Kampf- und Überwachungsdrohnen, die derzeit fast weltweit eingesetzt werden, aufzuklären, findet am 4. Oktober ab 11 Uhr die Aktion „Drachen statt Drohnen“ auf der Reichstagswiese vor dem Bundestagsgebäude statt. Die Aktion die in vielen Ländern gleichzeitig stattfinden, gilt auch als Appell an die Regierungsverantwortlichen keine Überwachungs- und Kampfdrohnen anzuschaffen. Der Einsatz einer Überwachungsdrohne höhlt demokratische Menschenrechte aus, indem beispielsweise die Versammlungsfreiheit durch Überwachung (und Speicherung) eingeschränkt ist. Der Besitz von Kampfdrohnen erhöht die Wahrscheinlichkeit für deren Einsatz in anderen Ländern über Leben und Tod von politischen Gegnern zu entscheiden. Aus dem Aufruf gegen Kampf- und Überwachungsdrohnen heißt es u.a. über ihren Einsatz:

„Ihr Einsatz: wird für völkerrechtswidrige „gezielte“ Tötungen genutzt, die auf bloßen Verdacht basieren, für Mord – auch von Kindern – in und außerhalb von Kriegsgebieten terrorisiert ganze Gesellschaften in den Zielregionen, sät Hass und Gewalt

senkt die Schwelle zum Krieg und setzt einen neuen Rüstungswettlauf in Gang führt zur Entwicklung autonomer Killer-Roboter und bereitet noch schrecklichere Kriege vor verletzt das demokratische Recht auf freie Meinungsäußerung und freie Versammlung sowie das Recht, nicht ausgeforscht zu werden ohne gerichtliche Kontrolle.

Wir fordern, dass die Regierungen den Einsatz von Kampf- und Überwachungsdrohnen verbieten. Auch die Nutzung von Satelliten, Bodenstationen und Militärbasen, die die Überwachung und Tötung mit Drohnen ermöglicht, muss verboten werden. Wir fordern, dass die Regierungen die Produktion, die Anschaffung und den Einsatz von Kampfdrohnen – ebenso wie die Forschungs- und Entwicklungsarbeit hierzu – einstellen und sich für eine weltweite Ächtung dieser Waffen einsetzen.“ (www.drohnen-kampagne.de)

DIE LINKE unterstützt diese Aktion. Überhaupt ist DIE LINKE die einzige Partei im Parlament die vehement gegen Kriegseinsätze und Waffenhandel auftritt. Die Bedrohung von Frieden und Freiheit hat zugenommen. Immer neue Bedrohungs- und Vernichtungsinstrumente müssen zwangsläufig weltweit zu unabsehbaren mörderischen Konflikten führen: Waffen, auch keine „neuen“, auch keine „intelligenten“ können niemals zu einem friedlichen Zusammenleben führen.

„Lasst 1000 Drachen fliegen, aus Afghanistan, dem Land der Drachen – das unter ständiger Bedrohung durch Drohnen lebt – aus diesem Land kommt die Idee“.

Elisabeth Wissel

Reiches Deutschland - Arme RentnerInnen RentnerInnen, wollt Ihr ewig leben?



Die sogenannte Lebensleistung von Millionen von Menschen in Deutschland wird mit Füßen getreten. Die Politiker sprechen schon über die Rente mit 70 oder 72, aber über die Höhe, um die Zuzahlungen im Gesundheitswesen, die Preissteigerungen für die Dinge des täglichen Bedarfs und besonders die Mieten zu bewältigen, verliert keiner ein Wort. Die heutigen und zukünftigen RentnerInnen werden gegeneinander aufgehetzt, um von den Profiteuren dieses Zwistes abzulenken.

Kommt ALLE zur Demonstration am 4. Oktober 2014 um 13 Uhr zum Neptunbrunnen am Roten Rathaus in Berlin, der Hauptstadt der BRD!

–Wir fordern eine Mindestrente von 1250 €, um allen Menschen im Alter einen würdigen Lebensabend zu garantieren! Des Weiteren kämpfen wir für die Gleichstellung der Mütter, die ihre Kinder VOR 1992 geboren haben! Auch für diese Mütter muss es eine Mütterrente von 84,- Euro und 3 Entgeltpunkte geben!

–Die Zwangsverrentung von Erwerbslosen lehnen wir grundsätzlich ab!

–Wir fordern die entgeltlose Benutzung aller öffentlichen Nahverkehrsmittel!

[Bln] Militaristische Straßennamen überklebt



In der Nacht zum 20. Juli 2014 wurden in Berlin zahlreiche Straßennamen überklebt, die sich auf Personen beziehen, die für Krieg, Militarismus und Nationalismus stehen. Damit soll ein Zeichen gegen militaristische Traditionen gesetzt werden, die im Berliner Straßenbild weiterhin präsent sind. Straßennamen dienen nicht allein der Orientierung, sondern sind ein Spiegelbild der in der Gesellschaft dominierenden Erinnerungspolitik. Anlass der Aktion ist das „feierliche Gelöbnis“ der Bundeswehr, welches am 20. Juli in Berlin stattfindet und ein zentrales militaristisches Ritual in der BRD darstellt. Gelöbnisse und Zapfenstriche dienen der Legitimierung deutscher Kriegspolitik und stellen einen Teil der Militarisierung der Gesellschaft dar. 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges ist Militarismus und Krieg nicht überwunden. Die Bundeswehr ist an weltweiten Kriegen beteiligt und die deutschen Waffenexporte boomen.

Das „feierliche Gelöbnis“ in Berlin findet immer am 20. Juli, dem Tag des 1944 gescheiterten Hitler-Attentats des Kreises um Wehrmachtsoffizier Claus Schenk Graf von Stauffenberg statt. Die Bundeswehr will sich damit in die Traditionslinie des militärischen Widerstandes stellen. Im Verschwörerkreis befanden sich allerdings auch Antisemiten und Kriegsverbrecher, die ein völkisch-nationalistisches Weltbild vertraten. In Äußerungen Stauffenbergs lassen sich beispielsweise Berührungspunkte mit nationalsozialistischem Gedankengut finden: „Der Gedanke des Führertums (...) verbunden mit dem einer Volksgemeinschaft, der Grundsatz ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ und der Kampf gegen die Korruption, der Kampf gegen den Geist der Großstädte, der Rassegedanke und der Wille zu einer neuen deutschbestimmten Rechtsordnung erscheinen uns gesund und zukunftsfruchtig.“ Die elitäre und antidemokratische Ausrichtung Stauffenbergs findet sich auch in dem 1944 entworfenen Eid der Verschwörer, in dem gegen die „Gleichheitslüge“ Stellung bezogen und eine Anerkennung der „naturgegebenen Ränge“ gefordert wird. Einige Straßen in Berlin tragen die Namen dieser Offiziere, die keineswegs Antifaschisten, sondern selbst Anhänger nationalsozialistischer Ideen waren und sich vor allem aufgrund der drohenden Kriegsniederlage gegen Hitler wandten.

Ein Viertel mit besonders vielen

kriegsverherrlichenden Straßennamen befindet sich in Tempelhof. Dort lassen sich viele von den Nazis nach „Jagdfliegerhelden“ des ersten Weltkrieges benannte Straßen finden, zum Beispiel nach Manfred von Richthofen. Der 21. April, der Todestag Richthofens, wurde 1936 offiziell zum „Tag der deutschen Luftwaffe“ ernannt. Zu diesem Anlass wurden 16 Tempelhofer Straßen durch die Nazis umgetauft. Initiator dieser Umbenennungen war der „Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe“, Hermann Göring.

Symbole des Militarismus und Nationalismus einreißen! Kriegsverherrlichung und Heldenkult sabotieren! Krieg beginnt hier!

Folgende Straßennamen wurden überklebt und mit einem Hinweis bestückt:

Tempelhof:

Bäumeplan benannt nach Paul Wilhelm Bäumer (1896-1927). Er gilt mit 43 von ihm abgeschossenen Flugzeugen als einer der erfolgreichsten deutschen Jagdflieger im Ersten Weltkrieg. Die Straße wurde am 21. April 1936 von den Nazis nach ihm benannt.

Boelckestraße benannt nach Oswald Boelcke (1891-1916). Er war ein deutscher Jagdflieger im Ersten Weltkrieg, der als „Kriegsheld“ gilt, da er 40 Flugzeuge abschoss. Das Kampfgeschwader 27 „Boelcke“ war ein Verband der Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg. Auch die Luftwaffe der Bundeswehr hat mit dem Taktischen Luftwaffengeschwader 31 „Boelcke“ eine Einheit nach ihm benannt. Die Straße wurde am 21. April 1936 von den Nazis nach ihm benannt.

Hoepfnerstraße benannt nach Ernst Wilhelm Arnold von Hoepfner (1860-1922). Er war ein preußischer Offizier sowie von 1916 bis 1918 als Kommandierender General Befehlshaber der deutschen Luftstreitkräfte im Ersten Weltkrieg. Die Straße wurde am 21. April 1936 von den Nazis nach ihm benannt.

Manfred-von-Richthofen-Straße benannt nach Freiherr Manfred Albrecht von Richthofen (1892-1918). Er war ein deutscher Jagdflieger im Ersten Weltkrieg, der mit 80 Abschüssen als der „erfolgreichste“ Jagdflieger gilt. Die Luftwaffe der Bundeswehr hat mit der Taktischen Luftwaffengruppe „Richthofen“ eine Einheit nach ihm benannt. Die Straße wurde am 21. April 1936 von den Nazis nach ihm benannt.

Rumeyplan benannt nach Fritz Rumeys, der mit 45 Abschüssen als der „sechsterfolgreichste“ Jagdflieger des Ersten Weltkrieges gilt. Die Straße wurde am 21. April 1936 von den Nazis nach ihm benannt.

Siegertweg benannt nach Wilhelm

Siegert (1872-1929). Im Ersten Weltkrieg war Oberstleutnant Siegert Inspekteur der Flieger- und Luftschifftruppen. Die Straße wurde 1930 nach ihm benannt.

Werner-Voß-Damm benannt nach Werner Voß (1897-1917), der mit 48 Abschüssen als „Fliegerheld“ des Ersten Weltkrieges bezeichnet wird. Die Straße wurde am 21. April 1936 von den Nazis nach ihm benannt.

Wintgensstraße benannt nach Kurt Wintgens (1894-1916). Er war ein deutscher Jagdflieger im Ersten Weltkrieg, der mit 22 Abschüssen als „Fliegerheld“ gefeiert wurde. Die Straße wurde 1930 nach ihm benannt.

Wüsthofstraße benannt nach Kurt Wüsthof (1898-1926). Er war ein Jagdflieger im Ersten Weltkrieg. Die Straße wurde 1930 nach ihm benannt.

Charlottenburg:

Friedrich-Olbricht-Damm benannt nach Friedrich Olbricht (1888-1944). Olbricht machte als Militär Karriere im NS-Staat. Am Polenfeldzug nahm Olbricht als Kommandeur der 24. Infanteriedivision teil und wurde nach Beendigung zum General der Infanterie befördert und erhielt das Ritterkreuz. Ab 1940 war er Chef des Allgemeinen Heeresamtes. Er beteiligte sich an den Plänen und Vorbereitungen für den 20. Juli 1944.

Goerdelerdamm benannt nach Carl Friedrich Goerdeler (1884-1945). Goerdeler war von 1930 bis 1936 Oberbürgermeister von Leipzig. Die Weimarer Republik lehnte er ab. Er gratulierte Hitler im Sommer 1934 zur „Beseitigung der Parteienherrschaft“. Goerdeler wandte sich zwar gegen den Antisemitismus der Nazis, er vertrat jedoch selbst antisemitische Positionen, wie sie sich beispielsweise in seinen 1944 verfassten „Gedanken eines zum Tode Verurteilten“ zeigen: „Wir dürfen nicht bemängeln wollen, was geschehen ist, müssen aber auch die große Schuld der Juden betonen, die in unser öffentliches Leben eingebrochen waren in Formen, die jeder gebotenen Zurückhaltung entbehrten.“ Er sollte nach dem Attentat vom 20. Juli 1944, an dessen Planung er maßgeblich beteiligt war, das Amt des Reichskanzlers übernehmen.

Klausiring benannt nach Friedrich Karl Klausring (1920-1944). Klausring trat im Herbst 1938 in die Wehrmacht ein. Er war zunächst in Polen und Frankreich eingesetzt und nahm im Winter 1942/1943 an den Kämpfen bei Stalingrad teil. Er begleitete Stauffenberg beim ersten Attentatsversuch am 11. Juli als dessen Adjutant.

von: StraßennamendemilitarisiererInnen

<https://linksunten.indymedia.org/node/118976>

DIE LINKE.

Tempelhof - Schöneberg
Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten:
Di. u. Do: 11 - 18 Uhr
Fr: 11 - 15 Uhr

Telefon: 21 99 71 40
Fax: 217 29 26

e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Webseite:
www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Mitgliederversammlung:

Wahlversammlung:
30.10., 19 Uhr

Bezirksvorstand

Telefonisch erfragen
Basisorganisationen:

BO Schöneberg
20.10., um 19 Uhr

BO Tempelhof

9.10.; 6.11.; 4.12.,
19.30 Uhr, im „Ver-
einseck“, Friedrich
Wilhelm, Ecke Friedrich
Franz Str.

BO Arbeit-Soziales

29.09., 19 Uhr

BO Migration und

Antirassismus

Telefonisch erfragen

Arbeitskreis

Kommunales (AKK)

siehe bitte S. 3

Sondertermine:

Inselgespräche

Je. 1. Sa., 15 Uhr

Familiennachmittag

mit „Kind und Kegel“

Samstag, 11.10. 15 Uhr

Marxistischen Lese-

kreises: Lenin „Staat

und Revolution“ zum The-

ma „Pariser Kommune“

25.10. um 16 Uhr



Am 25. April 2014 sprachen der Botschafter von Ecuador, Jorge Jurado, der Flüchtlingsaktivist Dirk Stegemann und der politische Flüchtling aus der Türkei, Turgay, über die Situation der Asylsuchenden in Berlin, Deutschland, der EU und andererseits in der Republik Ecuador, wo alle Migranten die gleichen Rechte haben wie Ecuadorianer. In der sehr gut besuchten Veranstaltung stellte der Botschafter die radikale Neuheit des ecuadorianischen Konzepts der „menschlichen Mobilität“ (Art. 40, 41 Verfassung von Ecuador) heraus. Der Journalist Turgay, der seit zwei Wochen im Hungerstreik ist, und Dirk Stegemann erklärten ihre Aktivitäten um den Oranienplatz-Protest. Eine DiskutantIn rief die Teilnehmer der Podiumsdiskussion auf, gemeinsam die universellen Grundsätze in der Freizügigkeit umzusetzen.

Rechtsberatung

mit Rechtsanwalt **Claus Förster**, jeden **2. und 4. Di. 11-14 Uhr** in der »Roten Insel«, Feurigstraße 68 (S1 Julius-Leber-Brücke); sowie Jeden **1. und 3. Do. 16-18 Uhr** Grunewaldstr. 73, 10823 Berlin, (U7 Eisenacherstraße, Ausgang Eisenacherstr.)



Wahlkreisbüro

Grunewaldstr. 73
10823 Berlin

Telefon: (030)

98 354 777

E-Mail: azize.tank.wk@bundestag.de

wk@bundestag.de

Deutscher

Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Azize Tank (MdB)

Telefon: (+4930) 227 77851

Telefax: (+4930) 227 76851

Mieter-Aufruf: Gentrifizierung - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht.

Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöhungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu extremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-

Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Anforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken?

Wir wollen Ross und Reiter nennen, weil wir nicht nur aus nüchternen Statistiken die Änderung der Lebensumstände von so vielen Menschen in unserem Bezirk bewerten wollen. Wir wollen diese Erfahrungs- und Wissenssammlung in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen.

Helfen Sie uns dabei!

Mieter-Notrufe an: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98

Per E-Mail an Linke.BVV.TS@googlemail.com

oder per Post an: DIE LINKE, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE** Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: **DIE LINKE** Tempelhof-Schöneberg; **Berliner Bank** IBAN: **DE 75 1007 0848 0525 6078 06**

BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 10-12x jährlich Auflage: 1.000 Exemplare, V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Carsten Schulz, Layout: Grace Irazoque, Druck: Bunter Hund; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/r Autors/In wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. **Textabgabe-Termin ist jeden 15. des Monats**, für die August 2014 Nummer war sie am 15.07.2014. August-Schlussredaktion: 23.07.2014., **September-Planung 23.07.2014** und **Schlussredaktion 20.08.2014**. **Oktober Schlussredaktion: 1.10. nur nach Absprache!** Diese Nummer erscheint **online** voraussichtlich am 23.09.2014, in Druckversion am 26.09.2014.

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

